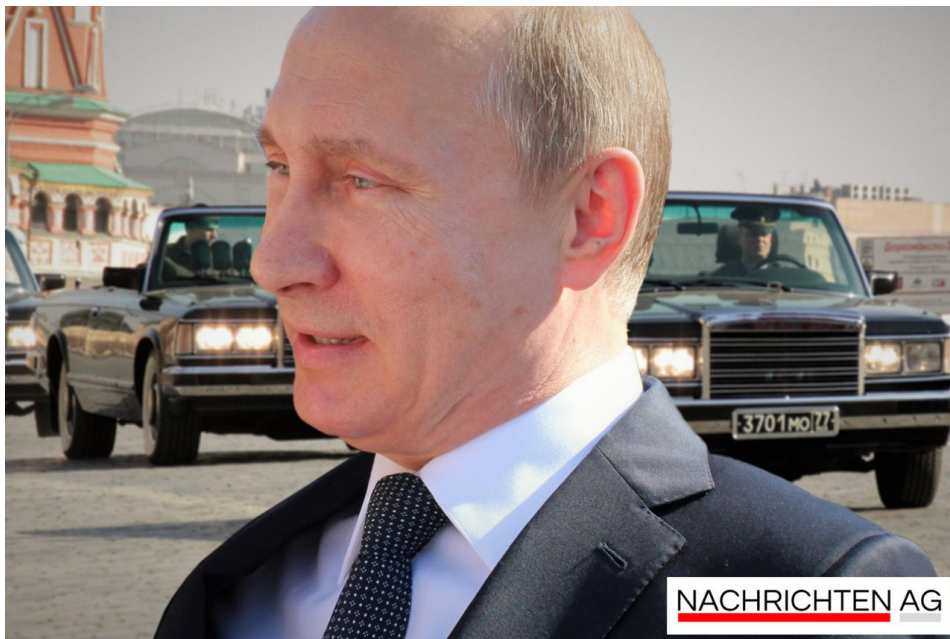


SPD im Aufruhr: Manifest fordert Kehrtwende in der Außenpolitik!

SPD-Mitglieder in MV fordern eine Kursänderung in der Außenpolitik und Gespräche mit Russland. Debatte bis zum 27. Juni.



Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland - In den letzten Tagen hat ein Schreiben von mehreren Mitgliedern der SPD die politische Landschaft in Deutschland aufgemischt. Ein als Manifest bezeichnetes Positionspapier fordert eine grundlegende Kehrtwende in der Außenpolitik der Partei, insbesondere eine stärkere Annäherung an Russland. Laut **Ostsee-Zeitung** kritisieren die Unterzeichner die aktuelle militärische Rhetorik und die Aufrüstungsprogramme, die sie als nicht zielführend erachten.

Zu den prominenten Unterstützern des Manifests zählen unter anderem der frühere Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans und der frühere Finanzminister Hans Eichel. Sie argumentieren,

dass die gegenwärtige Strategie, die von Verteidigungsminister Boris Pistorius unterstützt wird, die Verhandlungen mit Präsident Putin nur aus einer Position der Stärke erlauben würde, nicht effektiv ist. Pistorius selbst bezeichnet das Manifest als Realitätsverweigerung und mahnt, dass Putin diplomatische Bemühungen untergräbt.

Reaktionen innerhalb der Partei

Die Reaktionen auf das Manifest sind gemischt. SPD-Parteichef Lars Klingbeil hat deutlich gemacht, dass er sich von dieser Forderung distanziert und die Unterstützung für die Ukraine untermauert. Er betont, dass es keine Kehrtwende in der Unterstützung für die Ukraine geben wird, und stellt klar, dass Russland für die vorherrschende Misere verantwortlich ist.

Präsident Putin könnte den Krieg sofort beenden, tut es aber nicht, sagte Klingbeil laut der **Tagesschau**.

Zusätzlich zu Klingbeils Kritik äußern sich auch andere Parteikollegen skeptisch gegenüber dem Manifest. Anke Rehlinger, Ministerpräsidentin im Saarland, und Juso-Chef Philipp Törmann haben die Vorschläge als unpraktisch zurückgewiesen. Die SPD strebt im Vorfeld des Parteitags vom 27. bis 29. Juni eine klare Linie an, und das Schreiben sorgt für intensive innerparteiliche Diskussionen.

Kritik an der bisherigen Politik

Ein zentrales Anliegen des Manifests ist die Ablehnung der aktuellen Aufrüstungspolitik. Die Verfasser drängen auf Gespräche mit Russland und fordern einen Stopp der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland, da diese das Land zum Angriffsziel machen könnten. Die militärische Alarmrhetorik führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern zur Destabilisierung der Region, heißt es in dem Dokument, das auch von Ralf Stegner, einem weiteren prominenten SPD-Politiker, unterstützt wird. Laut **n-tv** gibt es eine klare Forderung, den Verteidigungshaushalt nicht über 3,5

bis 5 Prozent des BIP zu erhöhen, was als irrational kritisiert wird.

Insgesamt zeigt das Manifest die tiefe Spaltung innerhalb der SPD, wo einige eine Rückkehr zu einer entspannteren Beziehung zu Russland befürworten, während andere die Notwendigkeit einer starken militärischen Positionierung unterstützen. Die Debatte entfaltet sich vor dem Hintergrund komplexer geopolitischer Herausforderungen und wird mit großem Interesse verfolgt, nicht zuletzt, weil eine Online-Umfrage zu diesen Themen bis zum 27. Juni läuft.

Details	
Ort	Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland
Quellen	• www.ostsee-zeitung.de • www.tagesschau.de • www.n-tv.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net